

Stunde der Heuchler



Es ist Sommersession, und wieder kreischen die Kinder beim Plausch im Wasserspiel auf dem Bundesplatz. Etwas unauffälliger sind die ausserparlamentarischen Aktivisten in der Wandelhalle unterwegs. Zumindest eine ist es gar nicht mehr. Die Journalisten dagegen schon. Auch jene, die Christa Markwalder zur Landesverräterin hochgeschrieben haben. Das Kommissionsgeheimnis schützt die freie Meinungsbildung innerhalb des Gremiums. Im Kern geht es darum, dass niemand bekannt gibt, wer was gesagt und wer wie gestimmt hat. Das Geheimnis umfasst also auch die Protokolle und Dokumente, die in der Kommission besprochen oder abgegeben wurden. Im «Fall» Markwalder waren das (inzwischen veröffentlichte) Antworten des Bundesrates auf sogenannte Themenanträge in der Aussenpolitischen Kommission. Solche Anträge kann man noch wenige Tage vor einer Sitzung per Mail einreichen. Sie umfassen in der Regel zwei, drei Fragen, die dann unter dem Titel «Aussenpolitische Aktualitäten» beantwortet werden. Reicht dazu die Zeit nicht, folgt eine schriftliche Antwort mit dem Protokoll. Das war hier so. Christa Markwalder erkundigte sich nach der Haltung des Bundesrates zur «Demokratisierung» und «Korruptionsbekämpfung» in Kasachstan. Die Antwort auf solche Anfragen kennen wir im Schlaf. Der Bundesrat betont jeweils, er unterstütze demokratische Prozesse, sei den Menschenrechten verpflichtet und unterhalte enge Beziehungen

etc. Das war also alles vorher schon bekannt. Die Weitergabe inhaltlich alles andere als der Verrat von Staatsgeheimnissen. Was die PR-Agentur damit gemacht hat, steht auf einem anderen Blatt. Trotzdem kam die Fragestellerin unter die mediale Walze und bekam die öffentliche Empörung persönlich zu spüren. Nun muss man kein militanter Feminist sein, um sich zu fragen, warum sich Volkes geschürter Zorn auf die junge und erfolgreiche Bernerin fokussiert, derweil ältere Herren und ihre vorgeschriebenen Vorstösse und gekauften Reisli kaum Beachtung finden. Weit schlimmer aber ist, was im Scheinwerferlicht des «Skandals» alles ausgeblendet wird: Die Beeinflussung des Parlamentes findet vor allem dort statt, wo es um richtig viel Geld geht. Etwa in der Gesundheits-, Steuer- oder Energiepolitik. Und dort sitzen die Lobbyisten praktischerweise selbst in den Räten. Verbände geben ganze Gesetzestexte in die Kommissionsarbeit ein. Darüber sollte man sich im Klaren sein. Und auch darüber, dass sich, während wir uns in gemeinnützigen Vereinen oder Stiftungen engagieren, viele auf der anderen Ratsseite ihre Freizeit von Versicherungen oder Pharmaunternehmen vergolden lassen. Das mag ein Aspekt des Milizsystems sein. Zu diesem System gehörte aber auch die volle Offenlegung solcher Bezüge. Und: Sprechen wir endlich wieder über die Transparenz bei der Finanzierung von Parteien und Abstimmungskampagnen. Eine Initiative dazu wäre eigentlich parat. Vorstösse sind bisher immer abgeschmettert worden. Dass der Ständerat sich diese Woche gegen ein scharfes Antikorruptions-Gesetz ausgesprochen hat, passt in dieses Bild. Daran ändert nicht einmal die FIFA etwas. Empörung ist immer auch die Stunde der Heuchler.

Martin Naef
Nationalrat SP, Zürich

Macht und Anerkennung



Joseph Blatter hatte keine andere Wahl mehr.

Nachdem er sich vergangene Woche nach seiner Wiederwahl noch im Triumph suhlte und seine Gegner mit grossem mimischem Aufwand verhöhnte, gab er nun am Dienstag kleinlaut seinen Rücktritt bekannt.

Alle zeigten sich überrascht. Letztlich war aber schon am vergangenen Freitag klar, dass Blatter zu seiner eigenen Karikatur geworden war. Er drohte zur lächerlichen Figur zu werden, da konnte auch sein staatsmännisches Gehabe nicht mehr darüber hinwegtäuschen.

Er setzte sich zwar noch einmal durch, weil kein geeigneter Gegenkandidat zur Verfügung stand und weil er sich auch dieses Mal auf die Stimmen der Dritten Welt stützen konnte. Ihnen verdankte er fünf Mal die Wahl, das hat er von seinem Vorgänger Joao Havelange geerbt.

Es war indes ein Pyrrhussieg. Ob er nun abrupt zurück getreten ist, weil möglicherweise gegen ihn ermittelt wird, ist noch nicht schlüssig zu beantworten. Sicher ist es ihm aber nach diesem Wochenende wie Schuppen von den Augen gefallen, dass je länger er bleibt, desto mehr er seinen eigenen Ruf aufs Spiel setzt. Nun sind seine Gegner beweispflichtig, die Fifa reformieren zu wollen und zu können.

Hätte die amerikanische Justiz nicht zugeschlagen, wäre vorderhand wohl auch nach der neuerlichen Wiederwahl nichts passiert. Blatter hätte – etwas nervöser geworden – weiter gewurstelt und sich weltweit im

geschützten Raum als Superstar feiern lassen. Die US-Justiz kann eben in einem Ausmass ermitteln, wie sonst niemand, weil sie auf Grund ihrer eigenen Antiterrorgesetzgebung ein Zugriffsrecht auf Bankdaten hat, über das sonst kein Staat auf der Welt verfügt.

Auch wenn man inhaltlich der Antikorruptionszielsetzung der US-Justiz zustimmt, sind deren Befugnisse als äusserst fragwürdig einzustufen. Kein Wunder, konnte die Bundesanwaltschaft ihre Verfahren nur in Abstimmung mit der US-Justiz eröffnen; ohne diese wäre nichts passiert, weil schlichtweg die nötigen Beweise gefehlt hätten.

Joseph Blatter geht es nicht um persönliche Bereicherung. Ihn interessieren nur Macht und Anerkennung als Weltführer, für den er sich hält. Wie nachhaltig die Fussballförderung in Afrika ist, die sich fraglos ein gutes Stück weit ihm verdankt, wird sich erst weisen müssen. Für ihn indes war sie eine zentrale Machtstützung.

Der Weltfussball als Milliardenbusiness hätte sich auch mit einem anderen Chef ähnlich entwickelt. Ob die Korruption diesfalls jedoch kleiner gewesen wäre, ist stark zu bezweifeln.

Wäre hingegen Blatter der überstarke Mann gewesen, als den er vielen gilt, hätte er die Fifa reformiert, hätte er es wirklich gewollt. So blieb er ein Papiertiger, der vor allem seine Macht absicherte.

Im Bundeshaus und auch bei den Behörden der Stadt Zürich wimmelte es an Blatter-Bewunderern, die der Fifa hofierten und sich gerne in deren Glamour sonnten. Inzwischen ist die Fifa für die Schweiz freilich zum eigentlichen Reputationsrisiko geworden.

Die Zeit der Sonderrechte der Weltsportverbände in der Schweiz ist vorbei.

Daniel Vischer
Nationalrat Grüne, Zürich